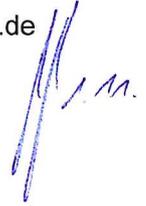


II

28.10.2021/2103
Bearbeiter/in: Herr Peske
E-Mail: mpeske@schwerin.de



01
Herrn Nemitz

**Antrag Drucksache Nr.: 00248/2021 der AfD-Fraktion
Betreff: Prüfantrag I Alternativfläche als Treffpunkt für Jugendliche**

Beschlussvorschlag:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, städtische Flächen auf ihre Eignung als Treffpunkt für Jugendliche zu überprüfen. Schwerpunkte der Prüfung sind das Vorhandensein bzw. die Möglichkeit der Schaffung folgender Voraussetzungen:

- gute Erreichbarkeit (NVS)
- keine/ wenige Anwohner
- sanitäre Anlagen
- genügend Abfallbehälter
- genügend Sitzgelegenheiten
- stationäre Überdachung (Regenschutz)
- Lärmschutz.

Aufgrund des vorstehenden Beschlussvorschlags nimmt die Verwaltung hierzu Stellung:

1. Rechtliche Bewertung (u. a. Prüfung der Zulässigkeit, ggf. Abweichung von bisherigen Beschlüssen der Stadtvertretung)

Aufgabenbereich: Eigener Wirkungskreis

Der Antrag ist rechtlich zulässig.

2. Prüfung der finanziellen Auswirkungen

Art der Aufgabe: -

Kostendeckungsvorschlag entsprechend § 31 (2) S. 2 KV: nicht erforderlich

Einschätzung zu voraussichtlich entstehenden Kosten (Sachkosten, Personalkosten):

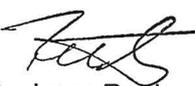
Im Rahmen der Prüfung entstehen Personalkosten.

3. Empfehlung zum weiteren Verfahren

Zustimmung mit Anmerkung: Die Verwaltung arbeitet bereits an einer Prüfung. Wobei es dabei ausschließlich um die mögliche Realisierung eines Angebotes geht. Keinesfalls soll damit ein Aufenthaltsverbot in Bezug auf andere, für junge Menschen offenbar attraktive Plätze einhergehen. Der Ausschluss einzelner Bevölkerungsgruppen dürfte in diesem Zusammenhang auch rechtlich nicht zulässig sein.

Auslöser für die Prüfung durch die Verwaltung war auch eine Abstimmung mit Straßensozialarbeiter:innen bzw. anderen Kommunen, in denen in eine ähnliche Richtung gedacht wird.

Dem soll in Schwerin eine Befragung junger Menschen vorgeschaltet werden, in denen sie nach ihren Vorstellungen, Wünschen, Bedarfen befragt werden sollen. Diese Erhebung soll nach Möglichkeit im Rahmen des Projektes „Demokratie leben“ erfolgen.



Andreas Ruhl